

Presseinformation

Nr. 494 / 2013

Kiel, Dienstag, 19. November 2013

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Gesundheit und Pflege / Koalitionsverhandlungen

Dr. Heiner Garg: Gesundheitsarbeitsgruppe zurück an den Verhandlungstisch! Gesundheitsfonds abschaffen – Beitragsautonomie den Krankenkassen zurückgeben!

Zur Nichteinigung der Arbeitsgruppe Gesundheit in zentralen gesundheits- und pflegepolitischen Fragen sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Die Versorgung mit Gesundheits- und Pflegeleistungen ist in unserer älter werdenden Gesellschaft eine ganz zentrale politische Aufgabe. Sie eignet sich überhaupt nicht, zulasten von über 80 Millionen Menschen in Deutschland auf dem abschließenden Parteivorsitzenden-Basar zum Schmieden einer Großen Koalition durch faule, weil nicht zukunftsfähige Kompromisse verschachert zu werden.

Bei der letzten Veranstaltung dieser Art zu diesem Thema schufen die Vorsitzenden von CDU, CSU und SPD den sogenannten Gesundheitsfonds. Dieses untaugliche Konstrukt sollte darüber hinwegtäuschen, dass es in Wahrheit keinerlei Gemeinsamkeiten in der Gesundheitspolitik gab. Es gibt sie auch weiterhin nicht. Während die CDU – wie seit Jahren – nicht so genau weiß, wohin sie gesundheitspolitisch will, hält die SPD an der Zerschlagung des deutschen Gesundheitssystems fest. Auch wenn Sozialdemokraten das Bürgerversicherung nennen – in Wahrheit soll eine Art staatliche ‚Volkskasse‘ geschaffen werden, die den Wettbewerb ausschaltet, was am Ende zur drastischen Verschlechterung bei der Versorgung führen würde. Ausdrücklich gewünschter Nebeneffekt bei der Gleichschaltung aller Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen ist die Enteignung von rund neun Millionen Privatversicherten.

Anstatt die zentralen Probleme der Gesundheits- und Pflegeversorgung zu lösen, gibt es Ideologie und Dogmatismus pur. Garniert wird

das Ganze mit reichlich vielen Versprechungen, von denen nicht eines finanziell unterlegt ist.

Ein erster Schritt in eine vernünftige Reform der Finanzierung künftiger Ausgaben für die Krankenversorgung ist die Abschaffung des Gesundheitsfonds – was bedauerlicherweise auch in der vergangenen Legislaturperiode am Veto der Gesundheitsexpertin Angela Merkel gescheitert ist.

Ich fordere insbesondere die Sozialdemokraten auf, ihre Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen, und dem unsinnigen Fonds ein Ende zu bereiten und den Krankenkassen wieder die Beitragsautonomie zurück zu geben. Damit wären dann auch die von der SPD kritisierten Zusatzbeiträge vom Tisch.“